

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 34

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die gesellschaftlichen Kontrollorgane unterstehen (nicht nur praktisch, sondern auch statutarisch) alle der Parteiführung: sie sind Organe zur Kontrolle über das Privatleben des Sowjetbürgers.

Nun aber sollen die Massen der Parteimitglieder im Kontrollsysten nicht nur aktiv, sondern auch passiv ihren Platz finden. Dazu erlässt der neue Textentwurf konkrete Vorschriften (die natürlich in der Praxis nicht «neu» sind): Sie müssen die kommunistischen Gesellschaftsbeziehungen entwickeln und festigen (§ 2, v), die Regeln der kommunistischen Moral achten, die Gesellschaftsinteressen den persönlichen vorziehen (§ 2, g) usw.

Alle diese Regeln, so bestimmte der Entwurf zum neuen Parteiprogramm (Teil 2, Kapitel 5, Punkt 1) im «Moralkodex des Erbauers des Kommunismus» aufgenommen werden. Ein solcher Kodex existiert noch nicht, scheint aber in vager Vorbereitung (wonach nur noch fehlen würde, dass für Verletzungen des Moralkodexes der Begriff der «Sünde» wieder eingeführt würde, unter welchem Namen auch immer).

Periodischer Führungswechsel – wo es passt

Im Zeichen der Festigung der inneren Demokratie führt der Statutenentwurf auch eine organisatorische Änderung ein: das System des periodischen Wechsels in der Zusammensetzung der gewählten Parteorgane. Neue, frische Kräfte, so war im Programmentwurf diese Reform motiviert worden, müssten regelmässig zur Führungsarbeit herbeizogen werden. Unter anderm gehe es um die Gewährleistung einer richtigen Proportion von alten und jungen Kadern, ferner um die Ausschaltung der Möglichkeit einer zu grossen Machtkonzentration in den Händen von einzelnen (Teil 2, Kapitel 7).

Laut Statutenentwurf muss mindestens ein Viertel der Mitgliedschaft von ZK und ZK-Präsidium der KPdSU, ein Drittel des Bestandes der KPs von Republiken, Gebiets- und Grenzgebietsskomitees (die UdSSR umfasst 12 autonome Republiken, 6 autonome Gebiete und 53 Sonder- und Grenzgebiete), die Hälfte der Angehörigen niedriger Komitees (Gau, Stadt, Bezirk) anlässlich einer jeden Wahl ersetzt werden (§ 25). Die Wahlen des Unions-ZK finden jedes vierte Jahr (§ 31), der nächsttieferen Organisationen jedes zweite Jahr und der Vorstände von Grundorganisationen (siehe KB Nr. 29) alljährlich statt (§ 25). Die Mitglieder der Parteikomitees verschiedenster Stufen dürfen höchstens dreimal hintereinander gewählt werden, während Sekretäre von Grundorganisationen nur während zwei aufeinanderfolgenden Perioden amtieren können (§ 25). Soweit nimmt sicl. der Text (für die niederen Organisationen freilich viel mehr als für die Parteispitze) demokratisch aus.

Nun aber bestimmt der gleiche Artikel 25, dass Komitee-Mitglieder «mit besonderen Verdiensten» ohne Beschränkung wieder gewählt werden können, sofern sie nur drei Viertel der Stimmen auf sich vereinigen (was ihre letzte Sorge sein dürfte). Dank dieser Klausel bietet der Paragraph eine bequeme Handhabe dazu, unerwünschte Elemente loszuwerden, andere aber beliebig lang im Amte zu behalten. Der Starke bleibt stark, die Schwächeren werden noch zusätzlich geschwächt — alles im Zeichen der ausgebauten «inneren Demokratie».

Bildung und Produktion

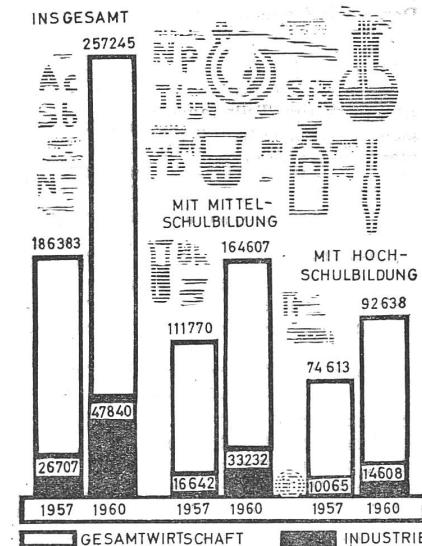
Bulgarien

Sprung nach vorn – aus dem Stand

Bulgarien, noch wenig industrialisiert, will wirtschaftlich den «Sprung nach vorn» durchsetzen. Einen Teil der Voraussetzungen schafft ihm eine relativ günstig gesinnte Comecon-Planung, den andern Teil muss es sich selbst schaffen. Dazu gehört die Heranbildung eines breiten, bisher noch kaum vorhandenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kaders.

Aus Bulgarien laufen die Erfolgs- und Misserfolgmeldungen seit einiger Zeit mit grösster Sicherheit streng nach Sektoren getrennt ein. Misserfolge bringt am laufenden Band das Agrarwesen, wo die Kollektivierung dieses Jahr ihre grössten Ausmassen erreicht hat. Misserfolge weist allgemein die Versorgungs- und Leichtindustrie auf. Als Misserfolg des Regimes ist die manifeste Unzufriedenheit der Bevölkerung zu werten, die sich nicht nur in passivem Widerstand, sondern sogar in Unruhen (partei-offiziell Halbstarkentum genannt) äussert. Schiwkoff wehrt sich dagegen mit seiner «Bevölkerungspolitik», das heisst mit Deportationen. Schliesslich verlautete den Frühling hindurch von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei- und Gewerkschaftsspitzen.

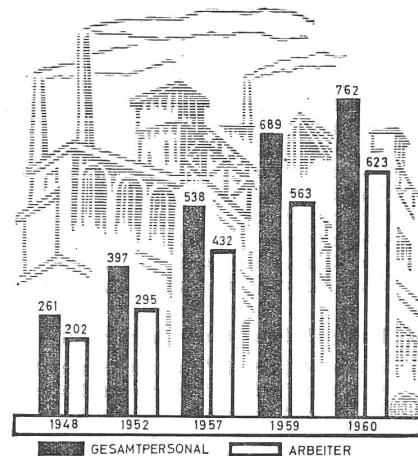
SPEZIALISTEN IN GESETZWIRTSCHAFT UND INDUSTRIE



Erfolge hat aber Bulgarien auch zu melden. Sie betreffen vorzugsweise den Aufbau der Grundindustrie (zurzeit meist im Eröffnungs- oder noch im Planungsstadium). Auffällig ist dabei besonders der schon effektive Fortschritt der chemischen und pharmazeutischen Produktion, die sich seit den Nachkriegsjahren aus dem Nichts zu beachtlicher Stärke entwickelt hat. Die Entwicklung der Schwerindustrie unter Priorität (vor allem vom den Bevölkerungsbedürfnissen) ist zwar ein allgemeines kommunistisches Prinzip; hier aber wirkt es (ähnlich wie in China) um so einseitiger, als die Grundlagen dafür gleichzeitig (wenn nicht nachträglich) geschaffen werden müssen.

Hier greift die Comecon-Planung — obwohl der «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe» sonst vor allem sowjetischen Inter-

essen dient — dem politisch stets treuen Satelliten kräftig unter die Arme. Bereits industrialisierte Volksdemokratien wie Ungarn und Polen müssten laut dem im PERSONALZUNAHME IN DER STAATLICHEN UND GENOSSENSCHAFTLICHEN INDUSTRIE (in tausend Personen)



Ostblock koordinierten Perspektivprogramm auf die Weitererzeugung bestimmter Industriegüter zugunsten Bulgariens verzichten, das erst lanciert werden muss (z. B. Radioapparate, siehe KB Nr. 28). Insbesondere soll Bulgarien dank dem kommenden sowjetischen Öl mächtige Raffinerien erhalten (Zentrum: die Hafenstadt Burgas, von wo aus Pipelines etwas ins Landesinnere führen werden). Selbstver-

Bulgarische Seeleute haben in fremden Häfen «als Kollektiv» an Land zu gehen. Die ideologische Erziehung an Bord muss strenger an Hand genommen werden. Vor einer Auslandreise muss jeder Schiffsbesatzung «der grosse sozialistische Aufbau Bulgariens vor Augen geführt werden, um «ihre Moral zu stärken». Dies einige Forderungen von «Transporten Glas», dem Organ des Transportministeriums. Wenige Tage nach Veröffentlichung dieses Artikels ersuchten im August zwei bulgarische Schiffsoffiziere in der Türkei um politisches Asyl.

In der bulgarischen Ausfuhr nehmen Gemüse und Obst, so Tomaten, Paprikaschoten, Aprikosen und Trauben einen bedeutenden Platz ein. Im laufenden Jahr sollen 200 000 Tonnen Tomaten exportiert werden, wovon bereits 175 000 Tonnen in die Sowjetunion, nach Polen, in die Sowjetzone, in die Tschechoslowakei, in die Bundesrepublik und in die Schweiz geliefert worden sind. Von den Aprikosen konnten 3600 Tonnen im Ausland abgesetzt werden und von der Traubenernte sind ebenfalls bedeutende Mengen für den Export vorgesehen.

Diese Ausfuhrpolitik wird ohne jede Rücksicht auf die innere Versorgungslage vorangetrieben, denn gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieser Exporterfolge, berichtet die Parteipresse, dass in zahlreichen Städten die Bevölkerung Schlangen stehen muss um Tomaten zu bekommen und in vielen Gebirgsorten Gemüse und Obst «sogar einen Luxus» darstellen.

ständlich nimmt (am Schwarzen Meer so gut wie an der Rhone), mit der sowjetischen Rohstoffeinfuhr auch die Abhängigkeit davon proportional zu.

Was es aber jetzt zur Industrialisierung des Landes noch dringend braucht, sind Fachleute. Es kann nicht geleugnet werden, dass das Regime diesbezüglich grosse Anstrengungen unternimmt. Unsere zwei Zeichnungen geben darüber Auskunft. Sie sind nach Zusammenstellungen der Gewerkschaftszeitung «Trud» verfertigt und lassen eine beachtliche Entwicklung erkennen.

Ihre spezifische Tendenz wird noch besser ersichtlich, wenn man die Fortschritte bestimmter Zweige gesondert berücksichtigt. So nahm zwischen 1948 und 1959 (die letzten, aus Publikationen dieses Sommers erhältlichen Angaben) die Zahl der Facharbeiter in der Schwarzmetallurgie (Hüttenwesen) von 327 auf 5847, in der Buntmetallurgie (Kupfer, Zinn, Zink, Blei usw.) von 21 742 auf 89 645 und in der chemischen Industrie von 3036 auf 16 558 (mehr als 500 Prozent) zu. Dabei erfolgt, was dieses letzte Gebiet anbetrifft, der grosse Aufschwung vor allem seit diesem Jahr.

Bulgarien wies im Sommer dieses Jahres 451 Mittelschultechniken mit 134 000 Schülern auf. Die Vergleichszahlen von 1954 (vor der ersten Reorganisation des technischen Unterrichts, der 1958 eine weitere folgte) lauten auf 46 Techniken und 12 000 Schüler.

Berichterstattung

Jugoslawien

Schweiz vor Impass

Der politischen Neutralität verdankt die Schweiz ihre gegenwärtige wirtschaftliche Blüte. Der selben Neutralität wird sie aber in absehbarer Zukunft grosse wirtschaftliche Schwierigkeiten zu verdanken haben, falls es nicht zum Brückenschlag zwischen EWG und EFTA kommt. Die Folge könnte vermehrter Uebersee- und Osthandel sein.

Das ungefähr ist das Fazit, zu dem der jugoslawische Wirtschaftsexperte Dejan Divljan in einem Artikel der «Oslobodenje Sarajevo» kommt. «Die Schweiz zwischen zwei Wirtschaftsblöcken» betitelt er seine recht ausführliche Analyse von etwa 800 Worten und beschäftigt sich vorerst mit der hochentwickelten Industrieproduktion, grossen Deviseneinkommen durch Fremdenverkehr, Zinsen ausländischer Gutshabenden und Einkünften aus dem Warentransitverkehr, alles Faktoren, welche eine allfällig defizitäre Handelsbilanz unseres Landes jeweils in der Zahlungsbilanz doch ausgleichen. Nach seiner Schilderung der jetzigen günstigen Wirtschaftslage der Schweiz kommt Divljan auf sein Thema in einer Art zu sprechen, aus der man — von kommunistischer Seite her immerhin überraschend — nahezu eine Empfehlung auf Beitritt in die EWG lesen könnte. «Nach der Feststellung, dass der schweizerische Außenhandel vorwiegend an europäische Länder gebunden ist (rund zwei Drittel des Export- und drei Viertel des Importvolumens), heisst es im Artikel:

Vorwiegend aus politischen Gründen, d.h. ihrer Neutralität wegen, kann sich die Schweiz nicht an die EWG anschliessen. Sie ist dank ihrer Neutralität zu wirtschaft-

licher Blüte gekommen, denn diese ermöglichte es ihr, ihre Industriekapazität während zweier Weltkriege vor Schaden zu bewahren. Die Zustimmung zu einer westeuropäischen übernationalen Politik und die obligatorische Übernahme aller Beschlüsse einer gemeinsamen westeuropäischen Behörde würde im Widerspruch zu den Grundprinzipien der Neutralität stehen. Deshalb ist die Schweiz der EFTA beigetreten, wo sie weiterhin souverän über ihre Handelsbeziehungen mit dritten Ländern entscheiden darf.»

Da aber der schweizerische Aussenhandel viel stärker auf den Gemeinsamen Markt als auf die Freihandelszone abgestellt sei, zeige er ein mangelndes Gleichgewicht. Wenn keine allgemeine westeuropäische Lösung zustandekomme, werde die Schweiz, die sich freilich für eine Annäherung zwischen den beiden Blöcken einsetze, vermutlich in schwere wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Dadurch aber werde sie sich veranlasst sehen, sich wirtschaftlich «noch fester mit europäischen und aussereuropäischen Ländern» zu verbinden.

Da mit den «Europäischen Ländern» in diesem Fall ja nicht die diskriminierenden EWG-Staaten gemeint sind, dürfte in dieser unschuldigen Formulierung wohl (wenigstens unter anderm) ein Hinweis auf die osteuropäischen Gebiete enthalten sein. Allerdings enthält der Artikel keine Stelle, in der ausdrücklich auf Osthandel Bezug genommen würde, ebenso, wie der ganze Beitrag scheinbar ohne Bezugnahme auf jugoslawische Interessen geschrieben ist. Der unbefangene jugoslawische Leser dürfte aber doch aus diesem Artikel in erster Linie den Eindruck gewinnen, dass der Vorteil der Schweiz tatsächlich an einer stärkeren Teilnahme an der europäischen Wirtschaftsintegration liege. Selbst wenn dieser Eindruck nicht gewollt, sondern nur in Kauf genommen wird, eine recht bemerkenswerte Erscheinung.

Partei

Bulgarien

Schiwkoff sucht

sein regruppiertes Parteidader, in dem es diesen Frühling bedenklich gekriselt hatte, wieder zu konsolidieren. Dazu zeichnete er den stellvertretenden Ministerpräsident Tschernenkoff aus, der von vielen Beobachtern als einer der Drahtzieher der parteiinternen Opposition gehalten worden war.

Die in Sofia erscheinende «Narodna Armija» berichtete von einem «Kameradschaftstreffen» im ZK der bulgarischen KP, das Mitte August in der Hauptstadt abgehalten wurde. «Der Erste Parteisekretär Todor Schiwkoff», heisst es dort, «würdigte die Verdienste langjähriger Parteimitglieder und verlieh ihnen Auszeichnungen. Unter ihnen befindet sich Wulko Tscherwenkoff...» (siehe Curriculum)

Schiwkoß hatte dieses Frühjahr eine grosse Säuberung unter Partei- und Gewerkschaftsführern unternommen, die, mit der wirtschaftlichen Lage des Landes unzufrieden, anscheinend auf seine Absetzung hin gearbeitet hatten. Der prominenteste der mutmassliche Verschwörer war der ehemalige Regierungschef Tscherwenkoff gewesen, dem man eine pekingfreundliche Linie zuschreibt. Jedenfalls aber hielt er sich im Hintergrund und besass genügend Rückhalt innerhalb der Partei, um die Absetzungs- und Versetzungs潮e unter den Funktionären zu überstehen. Schiwkoß liegt es anscheinend heute sehr daran, ein gutes Einvernehmen mit dem Revolutionsveteranen zu zeigen. Unter den übrigen weniger prominenten Ausgezeichneten befindet sich keiner, der im Zusammenhang mit der «Palastrevolution» (im Westen vielleicht auf Grund der personellen Verschiebungen nachträglich in ihrem Ausmass etwas überwertet) genannt wurde.

Staat um einen Kanal: Panama

Präsidiale Republik. Parlament (Nationalversammlung) mit einer Kammer. Wahl der Abgeordneten für vier Jahre. Keine Wehrpflicht. Verwaltungsgliederung in neuen Provinzen.

Staatsoberhaupt und Regierungschef ist seit 1960 Präsident Robert Chiari, dessen konservative «Nationale Union» siegreich aus den letzten Wahlen hervorging, nachdem sie zuvor Oppositionspartei zur «National-Patriotischen Koalition» gewesen war.

Fläche: 74 470 Quadratkilometer.

Einwohner: Etwas mehr als eine Million.
Bevölkerung: Rund zwei Drittel Mestizen,

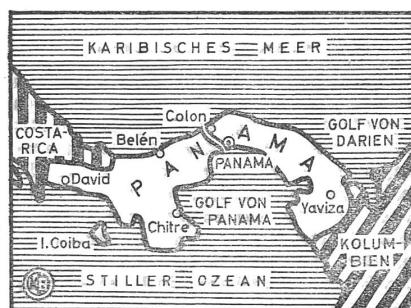
etwa 12 Prozent Weisse, ferner Neger, Mulatten, Indianer.

Staatssprache ist Spanisch, doch Englisch als Verkehrssprache.

Städte: Ciudad de Panama (Hauptstadt),
Colon, David.

Wirtschaft: Grosse Waldbestände (u. a. verarbeitet Panama auch Mahagoni). Die Landwirtschaft hat noch grosse Entwicklungsmöglichkeiten, wird doch nur etwa die Hälfte des bebaubaren Landes bewirtschaftet.

Export: Zur Hauptsache Bananen, dann Hanf, Kakao, Kokosnüsse. Dominierender Außenhandelspartner sind die USA.



Die latent umstrittene *Kanalzone* (grosse Unruhen 1959) geht als zehn Meilen breiter Streifen (je fünf Meilen beiderseits des Kanals) quer durch das Land. 1432 Quadratkilometer, 56 000 Einwohner. Die USA besitzen dort laut Verträgen mit Panama (letzte Fassung 1955) Hoheitsreicht und Verteidigungsgewalt (die Bürger der Städte unterstehen den Gesetzen von Panama). An der Spitze der Zone steht ein Gouverneur, der gleichzeitig Oberbefehlshaber und Präsident der Panama-Kanal-Gesellschaft ist.

Erziehung

Ungarn

KISZ im Vormarsch

KISZ, der kommunistische Jugendverband Ungarns, der ungefähr dem sowjetischen Komsomol entspricht, beginnt Schule und Freizeit der Schuljugend zu beherrschen. Organisatorisch nimmt er eine mächtige, weil exklusive und monopolistische Stellung ein. Ideologisch ist sein Einfluss schwerer abzuschätzen, scheint sich die Jugend in dieser Beziehung doch weitgehend desinteressiert zu geben.

Die Budapester Zeitschrift «Közneveles», das offizielle Organ des Kulturministeriums, veröffentlichte kürzlich in Fortsetzungen einen dreiteiligen Bericht «Ueber die Erfahrungen der Erziehungsarbeit an den Mittelschulen und über die Aufgaben im neuen Schuljahr».

Allgemein wird festgestellt, dass sich der weltanschauliche Unterricht, d.h. die partei-ideologische Durchsetzung aller Unterrichtsgegenstände gebessert habe. Ein grosser Teil der Lehrer führte einen «erweiterten Kampf gegen die idealistischen und fideistischen (das heisst religiösen) Ansichten. Doch könne die Entwicklung noch nicht als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Die «freiwillige Aufbauarbeit», das heisst die Beteiligung an der Produktion (z.B. Feldarbeit) in der Freizeit wird in den Schulen stark gefördert, was der allgemeinen Tendenz entspricht. Parallel dazu geht die «Selbsthilfe», worunter man praktisch Dienstleistungen zu verstehen hat, wie Reinigung der Klassenzimmer und dergleichen.

Von besonderem Interesse sind aber die Abschnitte die der KISZ gewidmet sind. Zellen der KISZ-Aktion sind in erster Linie die Internate (die Zahl der sogenannten «sozialistischen Mittelschulheimen» ist auf über hundert angestiegen), wo mehr als 80 Prozent der Zöglinge der KP-Organisation angehören. Wie «Közneveles» zugeibt, hat es Vorschläge auf Errichtung neuer Jugendorganisationen gegeben. Sie werden aber mit Entschiedenheit zurückgewiesen, wobei die ganze Begründung sich auf den Nebensatz beschränkt: «denn die KISZ muss als einzige Jugendorganisation aufrechterhalten bleiben».

Unter Führung der KP-Bewegung sind in den Mittelschulen die ersten Schritte zur Entwicklung des «Klassengemeinschaftslebens» unternommen worden, von welchem die gesamte Freizeit der Jugendlichen umfasst wird (Sport, Klubdiskussionen, Vorführungen, Besichtigungen). Ein Viertel der Mittelschulklassen, grossenteils in Budapest, haben sich dieser Aktion bereits angeschlossen.

Allerdings ist aus der Berichterstattung indirekt zu entnehmen, dass die Erfolge vorerst hauptsächlich auf organisatorischem Gebiet liegen, wo sie schliesslich auch weitgehend erzwungen werden können. Die geistige Schlacht ist noch keineswegs gewonnen, was sich schon aus den in dieser Hinsicht viel vorsichtigeren Formulierungen der Fortschritte ergibt. So heisst es etwa: «Jener Kern innerhalb der Mittelschulen, der die sozialistische Moral bewusst vertritt und schützt, hat sich gefestigt und ist schon imstande, die öffentliche Meinung der Schule zu beeinflussen.» Das ist, verglichen mit dem Machtpotential dieser Zellen, zweifellos nicht allzuviel.

Und selbstverständlich kommt hinzu, dass die offizielle Version die Situation euphemistisch umschreibt.

Der Widerstand nimmt passive Form an, die einzige mögliche übrigens: «Es gibt sehr wenig Mittelschüler», heisst es, «die systematisch Zeitungen lesen und sich für innenpolitische Angelegenheiten interessieren. Ungenügend ist auch die Anteilnahme an den Problemen des sozialistischen Aufbaus.»

Diesem Handicap, auch «klein- und spießbürgerliche Denkart und Haltung» genannt, oder «Individualismus», «Egoismus», «Zynismus» soll mit weiteren Aktionen begegnet werden, wobei vor allem darauf geachtet wird, dass den Schülern keine Zeit für sich oder ihre Familien bleibt. In den Mehrpunkteprogrammen für die Zukunft wird gefordert, dass die Samstage und Sonntage zur «Förderung der Schülerbewegung ausgenutzt werden» oder dass der ganze Unterricht neben der Vermittlung von Wissen der «Erziehung zum sozialistischen Bewusstsein» zu dienen habe.

«In jeder Mittelschule», so lautet eine weitere Empfehlung, «muss ein Jugendzentrum für die Schülergemeinschaft errichtet werden, welches die Selbständigkeit (kollektive Freizeitgestaltung) der Jugend lenkt und organisiert.»

Staat und Kirche – Verfügungs- und Zahlungsrecht

Das kirchliche Eigentum wird in Ungarn insofern anerkannt, als Vermögensdelikte daran weniger streng bestraft werden. Das Oberste Gericht stellte in einem Appellationsverfahren fest, dass das anerkannte Eigentum der Kirche doch nicht dem Staat gehöre.

Die katholische Kirche besitzt in Esztergom (Westungarn) ein Museum, das «Christliche Museum». Ein Dieb, der dort ein Gemälde entwendet hatte, wurde von der ersten Instanz wegen «Diebstahls am sozialistischen Eigentum» verurteilt, doch setzte das Oberste Gericht die Strafe herab, da nur Diebstahl an kirchlichem Eigentum vorliege. Im ersten Verfahren war man auf Grund der Tatsache, dass das Museum dem Kulturministerium unterstellt ist, zum Schluss gekommen, sein Inhalt gehöre dem Staat.

Wohl ist in Ungarn wie in den übrigen kommunistischen Staaten in der Form der Trennung von Kirche und Staat auch die Unabhängigkeit jener von diesem verfassungsmässig garantiert (Art. 54, Abs. 1 und 2). Aber ebenfalls wie in den übrigen kommunistischen Staaten besteht auch ein Amt für kirchliche Angelegenheiten (Gesetz Nr. 1/1951) das als «Kontaktstelle», das heisst Kontrollstelle, dient. Praktisch alle kirchlichen Sammlungen, Museen, Archive usw. sind unter staatlicher Kontrolle. Zu jeder Verfügung über diese Objekte ist die Erlaubnis des zuständigen staatlichen Referenten einzuholen (der beispielsweise auch über Archivschlüssel verfügt).

Praktisch besteht bei der Verwaltung von Museen, Kunstsammlungen und Archiven folgende Aufteilung der Kompetenzen. Der Staat hat das unumschränkte und vollumfängliche Verfügungsrecht, die Kirche deckt die Unterhaltskosten und bezahlt neben dem von ihr eingestellten Personal auch die staatlichen Kontrollbeamten. So hat die Trennung von staatlichem und kirchlichem Vermögen doch eine reale Grundlage. Wer bezahlt, gehorcht.

Gewerkschaften

Afrika/Tschechoslowakei

Geisterkonferenz oder Prags Kommentar zu nichts

Radio Prag kommentierte zu Beginn dieses Monats in bittersten Tönen die verräterischen Intrigen, die sich eine halbe Woche zuvor auf einer afrikanischen Gewerkschaftskonferenz abgespielt hätten. Nur übersahen die tschechischen Propagandisten die Tatsache, dass die Konferenz vorläufig abgesagt worden war und gar nicht stattgefunden hatte.

Sprecherin der Sendung war Wera Stowickewa, die als ständige afrikanische Korrespondentin vorgestellt wurde. Ihre Berichterstattung über die Geistertagung enthielt bittere Angriffe auf den Gesamt-afrikanischen Gewerkschaftsbund (All African Trade Union Federation = AATUF), der sich bei den Verhandlungen von den senegalesischen Gewerkschaftsführern, von andern afrikanischen Führern als Verräter betrachtet, habe überspielen lassen.

Dabei war Radio Prags Schlappe dazu bestimmt gewesen, eine Schlappe aufzufangen, welche durch die Reaktion der afrikanischen Arbeiterschaft auf ein schon fast gelungenes kommunistisches Überrumpelungsmanöver im Kommen war. Die Vorgeschichte haben wir bereits geschildert (KB Nr. 26). Die AATUF hatte Ende Mai dem vom kommunistischen Weltgewerkschaftsbund (mit Sitz in Prag) suggerierten Vorschlag auf Loslösung der AATUF-Mitglieder von internationalen Gewerkschaftsorganisationen zugestimmt, was gegen den nicht kommunistischen Internationalen Verband Freier Gewerkschaften (ICFTU) gerichtet gewesen war. Die Konferenz war in Casablanca einberufen worden, wobei es die in den verschiedenen Verbänden infiltrierten KP-Agenten verstanden hatten, für jene völlig unrepräsentative, aber lenkbare Minoritätsvertretung der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung zu sorgen. Nicht anwesend waren bei dieser Tagung die Delegierten von Gewerkschaften Kenias, Ugandas, Njassalands, Nigerias, Südrhodesiens, Tanganyikas, Tunesiens, Somalias, Kongos, Kameruns, Mauritius und der Malgassischen Republik, alle der ICFTU affiliert.

Gegen die in Casablanca zustandegekommenen Beschlüsse opponierten nun afrikanische Gewerkschaftskreise und organisierten eine neue Konferenz, die repräsentativer sein sollte. Sie wurde auf den 30. Juli angesetzt. Doch wurde sie auf tunesischen Wunsch darnach verschoben, freilich ohne Radio Prag davon in Kenntnis zu setzen. So dass der vorfabrizierte Kommentar zu einer nicht stattgefundenen Tagung mit dem üblichen Wahrheitsgehalt abließ. Diesmal immerhin offensichtlich.

Staat und Recht

CSSR

Hohe Parasiten

In der Tschechoslowakei hat der Staat die Übernahme von Vermittlungsgeschäften beschlossen, die nach kommunistischer Auffassung sonst Ausbeutung darstellen. Mit Publikationsdatum vom 18. August ord-

nete die Regierung an, dass die Ankaufs- und Beschaffungsstellen den gegenseitigen Austausch von landwirtschaftlichen Über- schüssen organisieren müssen, wofür sie Vermittlungsgebühren erheben dürfen. Womit der Staat zwischen Produzent und Konsument eine Stelle einschiebt, die unerarbeiteten Gewinn einstreicht, was der kommunistische Staat bei seinen Bürgern nicht nur bekämpft, sondern bestraft.

Die marxistisch-leninistische Theorie verurteilt am weitgehendsten alle Vermittlungsgeschäfte, weil es sich bei ihnen um einen nicht erarbeiteten Gewinn handelt. Diejenigen Personen, welche sich mit Vermittlungsgeschäften beschäftigen, werden als Parasiten gebrandmarkt und zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen. Das im Oktober 1960 angenommene, neue Strafgesetzbuch der RSFSR hat ein neues Delikt konstituiert und zwar jenes der Vermittlungsgeschäfte (Art. 193, Abs. 2). Das STGB sieht eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und Vermögenskonfiskation oder Verbannung bis zu drei Jahren mit Vermögenskonfiskation vor. Es ist nur der «Staat der Arbeiter», welcher sich erlauben darf, auf jeden Fall in der Tschechoslowakei, offizielle Vermittlungsagenturen zu errichten.

BRIEFE

Osthandel in Varianten

Wir veröffentlichen hier kommentarlos Auszüge aus Leserbriefen zum Osthandel. Die Stellungnahme des Schweizerischen Ost-Instituts zur grundsätzlichen Frage wird im Leitartikel der heutigen Nummer erneut dargelegt. Zur Frage einer Zentralstelle siehe insbesondere die Briefseite in Nummer 32.

Einverstanden

Den Gedanken einer solchen Zentralstelle halte ich für sehr gut. Ich hoffe, es komme zur Bildung einer Studiengruppe.

A. G. in Riehen

Trotzdem ich nur Hausfrau bin, möchte ich Ihren Vorschlag zur Schaffung einer Studiengruppe unterstützen. Als Konsumentin ist es ja meist unmöglich, die Herkunft der Waren festzustellen, da nur wenige diesbezügliche Bezeichnungen tragen. Wenn ich aber wüsste, dass die Waren aus dem Ostblockstaaten unter politischen Gesichtspunkten gehandelt werden, wäre das eine gewisse Beruhigung. — Was den Export nach dem Osten betrifft, so scheint es mir selbstverständlich, diesen als politische Waffe zu benutzen. Wie man das macht, wird uns ja dort täglich gezeigt.

Frau F. Sch. in Münsingen

Zuerst international

Und wenn wir eine Studiengruppe hätten, und wenn deren Empfehlungen in der Schweiz mehr oder weniger freiwillig befolgt würden, es gäbe genug westliche Länder, welche noch so gern bei uns wegfallende Aufträge übernehmen würden.. Eine internationale Basis muss nicht hernach, sondern zuerst gefunden werden. Wenn man das im Westen nicht zustande bringt, kann man den Osthandel ebenso gut ganz freigeben, denn seine Lenkung im nationalen Rahmen ist wirkungslos und illusorisch.

F. O. in Bern

Curriculum der Woche

WULKO TSCHERWENKOFF

Stellvertretender Ministerpräsident Bulgariens (siehe «Schiwkoft sucht» in der heutigen Nummer), der jetzt ausgezeichnet wurde, obwohl er an einer parteiinternen Agitation gegen den Ersten Parteisekretär mitbeteiligt gewesen sein dürfte.

Geboren am 6. September 1900. Tritt bereits 1919 in die KP-Jugendorganisation ein und beteiligt sich 1923 an den Vorbereitungen zum Septemberaufstand. 1924/1925 leitet er eine Komsomolorganisation in der Armee, ist Agitator und Propagandist. Wird 1925 zum Tode verurteilt, kann aber später in die UdSSR entfliehen, wo er die Internationale Leninistische Schule absolviert, die ihn dann als Lehrer und später als Direktor engagiert. 1938 bis 1941 Tätigkeit in der Komintern-Propagandaabteilung. 1941 Mitglied des ZKs der KP Bulgariens im Exil. Seine in diesen Tagen in der bulgarischen Presse veröffentlichte Biographie schliesst mit dem Satz: «Seit 1944 in Bulgarien, im ZK der Partei und in der Regierung mit verschiedenen verantwortungsvollen Posten betraut.»

Seine Karriere nach Kriegsende ist steil. 1948 bekleidet er Ministerrang und wird ein Jahr später Erster Parteisekretär. Den Posten tritt er 1954 an Schiwkoft ab. Das Amt des Ministerpräsidenten hat Tschewenkov zwischen 1950 und 1956 inne, als Jukoff nachrückt. Doch auch als stellvertretender Regierungschef behält Tschewenkov, der bulgarische «kleine Stalin» grossen Einfluss auf die Parteiführung, insbesondere auf Schiwkoft selbst, der ihn dem Vernehmen nach fürchten soll.

Tschewenkov gilt als stalinistischer und pekingfreundlicher Dogmatiker, und ist bei Chruschtschew nicht sonderlich gut angeschrieben. Sollte Schiwkoft für Moskau untragbar werden, so käme als sein Nachfolger eher Georgi Tschankoff in Frage, der sich anscheinend aus den jüngsten Intrigen herausgehalten hat, um spätere Chancen nicht zu verderben.

Durch Publikation

(Siehe auch zweiter Brief in KB Nr. 32.) Wäre es nicht möglich, für den Fall, dass z. B. Westdeutschland mit Sowjetdeutschland die Beziehungen abbrechen würde, die Gelegenheit beim Schopf zu fassen und auch in der Schweiz einen Grossangriff gegen den Osthandel auf privater Basis zu unternehmen, durch Publikation der Firmen, die daran beteiligt sind usw. Ich darf beifügen, dass ich selbst einige Zeit in Basel im Osthandel tätig war, auch in den Osten reiste und deshalb die Lage etwas kenne.

H. Sch. in Zofingen

Ganz verzichten

Leider ist es so, dass viele Firmen in der Schweiz sehr aktiv in der Pflege der Handelsbeziehungen mit dem Osten sind. Eine solche Stellungnahme bedrückt uns immer wieder. Wir müssen auch in dieser Beziehung der klaren Linie folgen, und es sollte unsere Pflicht sein, auf Osthandel ganz zu verzichten.

(Das Unternehmen, das uns dieses Schreiben zukommen liess, macht uns weiter mit Belegen auf ein Beispiel von Osthandel zu Dumpingpreisen einer Firma aufmerksam, die Bundessubventionen bezieht.)

Wir danken auch den weiteren Lesern für ihre Briefe zu diesem Thema. Sie werden ausgewertet. Eine neue Auswahl werden wir gelegentlich veröffentlichen. Für die nächste Nummer ist ein Diskussionsbeitrag zur Frage des Atomwaffenverbots (Briefseite KB Nr. 31) vorgesehen. Red. KB

Gebrauchsterminologie im Osten

Die kollektive Führung

ist «das höchste Prinzip der Führung in der KPdSU», sie gilt als «unerschütterliches Gesetz» der Parteiarbeit. Die Beschlüsse müssen in allen grundsätzlichen Fragen von allen Parteiorganen kollektiv gefasst werden. Den einzelnen Partefunktionären verbleibt nur noch das Recht und die Pflicht zum Vollzug der kollektiv gefassten Beschlüsse, d. h. die operative Parteiarbeit. Die kollektive Beschlussfassung wird mit der persönlichen Verantwortung der Vollzieher verbunden. Umgehung der kollektiven Führung bedeutet die Verletzung des Grundsatzes der innenparteiischen Demokratie. Solche Umgehungsformen sind: seltene Einberufung des Kollektivs (des Komitees), individuelle Beschlussfassung durch einen Funktionär nach der Rundbefragung der Mitglieder des Kollektivs (des Komitees), die Hinderung der Kritik. Verletzung des Grundsatzes der kollektiven Führung ist der «Personenkult», welcher nach Stalins Tod, nach den mehrmaligen Behauptungen von sowjetischen Parteikreisen, aufgehoben wurde. («Große Sowjetencyklopädie», Band 11, Seiten 620 und 621.)

Die Buchbesprechung

Jürgen Rühle: Literatur und Revolution

Die Schriftsteller und der Kommunismus, Kiepenhauer und Witsch, Köln-Berlin, 1960, 600 Seiten.

Dokumentiert Untersuchung der Beziehungen zwischen Literatur und Kommunismus in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Behandelt werden Leben und Werk zahlreicher Schriftsteller, die sich zweitweise oder dauernd dem kommunistischen Gedankengut verschrieben; die internationale Auswahl ist umfassend und zum mindesten sehr representativ.

Der informative Wert des Buches wird durch die Bibliographie und eine Zeittafel erhöht. Von den exkommunistischen Schriftstellern (welche die Mehrzahl der Beispiele stellen) erklärt Rühle (aus eigener Erfahrung Kenner kommunistischer Kulturpolitik), sie hätten die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf eine neue Stufe erhaben. «Sie haben die Legende zerstört, wonach Kommunismus und Kapitalismus die Gegensätze unserer Zeit sind; also jede Kritik an der alten Gesellschaftsordnung in den Kommunismus mündet, anderseits jeder Abfall von Moskau in die Arme der finsternen Reaktion führt. Sie blieben Sozialisten und Antifaschisten. Sie kamen aber zur Ansicht, dass Konzentrationslager unter jedem Regime von Uebel sind. Sie wurden Liberale neuen Typs. Sie sind durch die Hölle gegangen und haben gelernt, dass man gegen den Teufel kämpfen muss, gegen den roten, braunen oder sonstwie geschmückten Teufel, der sich auf Gottes leerer Thron breitmacht, ebenso wie gegen die tausend kleinen und grossen Teufeleien, an denen es auch der freien Welt nicht mangelt.»

Lehre: Kulturelle Freiheit ist ohne politische nicht denkbar. Jeder Akt der geistigen Befreiung rüttelt an die Grundlagen der Diktatur.

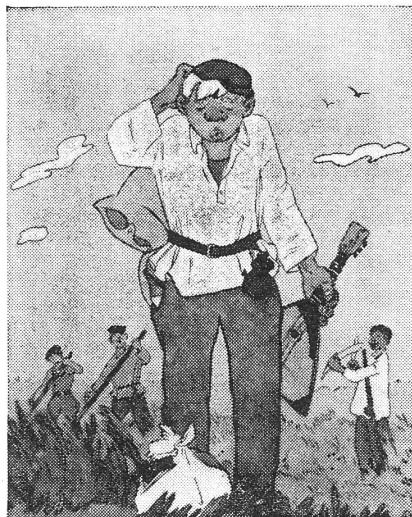
KU

Ernteglück

Wie die «Lobotrjassi» (Tagediebe) ihre Erntearbeit organisieren, die im Norden Russlands erst anläuft, zeigt «Krokodil» in der hier wiedergegebenen Darstellung. «Irgend etwas scheine ich vergessen zu haben», meint der junge Nichtstuer, der mit Gitarre, Ruhedecke, Proviant und den Dominosteinen im Säckchen am Gurt zum Heuen anrückt. «Ach so, die Sense!» Nebenbei lässt das Bild erkennen, dass immer noch weite Felder der Sowjetunion von Hand gemäht werden, da die Anzahl der Mähdrescher bei weitem ungenügend ist, und die Misere mit den Ersatzteilen nach wie vor besteht.

Die noch weit hinter den westlichen Ländern zurückstehende Mechanisierung der sowjetischen Produktion war Gegenstand langer Analysen in der letzten Nummer der «Woprosi Ekonomiki», der offizielle Zeitschrift des Wirtschaftsinstitutes der sowjetischen Akademie der Wissenschaften. In der Landwirtschaft, so wird ausgeführt, sei die Pro-Kopf-Produktion der

UdSSR um 30 Prozent geringer als in den USA. Dabei arbeiten (1959) in der Sowjetunion rund 41 Prozent der Werktätigen in



der Land- und Forstwirtschaft, in den Vereinigten Staaten dagegen (ohne Berücksichtigung des wenig ins Gewicht fallenden Forstwesens) aber lediglich 10,1 Prozent. In bezug auf Arbeitsintensität und Arbeitsproduktivität fallen die Unterschiede demnach zuungunsten der Sowjetunion noch viel stärker aus.

In einem andern Artikel der gleichen Nummer wird ein gleiches Manko auch für die übrigen Produktionssektoren zugegeben (Arbeitsproduktivität um 250 bis 300 Prozent, Arbeitsintensität um 150 bis 200 Prozent niedriger als in den USA).

Die schlechtere Produktivität führt der Verfasser «teilweise» auf die noch nicht durchgeführte Automation zurück. In der «materiellen Produktion» seien immer noch 66 Prozent der sowjetischen Arbeiter manuell beschäftigt, und nur 5 bis 10 Prozent arbeiten an Automaten.

Laut dem neuen Parteiprogramm will die Sowjetunion die amerikanische Produktion bis 1970 einholen. Nur war das gleiche Ziel zuvor schon für das Ende des Siebenjahresplanes (1965) festgesetzt worden.

Unser Memo

Seit einem Jahr veröffentlicht die politische, sowjetische Fachpresse zahlreiche Artikel über die zukünftige kommunistische Gesellschaftsordnung. Unter anderem taucht natürlich auch die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den übrigen kommunistischen Staaten auf. Die philosophische und juristische Literatur hat zu diesem Problem eindeutig Stellung genommen, und zwar folgendermassen:

Die Staatsgrenzen zwischen der UdSSR und den kommunistischen Ländern werden allmählich zum Verschwinden gebracht («verswicht») werden. Die Beziehungen würden so eng, dass es nicht mehr notwendig sein werde, Staatsgrenzen aufrechtzuerhalten. Dieser Bestrebung entspricht auch die Erklärung der philosophischen (sowjetischen) Literatur und der neue Programmentwurf der KPdSU, wonach alle kommunistischen Staaten mehr oder weniger im gleichen Zeitpunkt das Stadium des Vollkommenismus erreichen werden. Im Vollkommenismus besteht die Notwendigkeit nicht mehr, Staatsgrenzen beizubehalten.

Das gleiche betrifft auch die Sprache. Eindeutig wird festgestellt, dass in den kommunistischen Ländern nur eine gemeinsame Sprache gebraucht werden soll. Es wird natürlich nicht gesagt, welche diese Sprache sein soll, man kann aber mit Recht annehmen, dass diese weder das Deutsche noch das Polnische sein wird. Dieser Feststellung der Literatur trägt der kürzlich veröffentlichte Programmentwurf der KPdSU Rechnung. Er reiht die Beziehungen der KPdSU bzw. der Sowjetunion, mit den übrigen kommunistischen Parteien, bzw. Ländern, nicht im ersten, aussenpolitischen Teil ein, sondern erst im zweiten Teil. (Teil 2, Kapitel 6.) Es ist wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass die Beziehungen mit allen staatsfeindlichen Elementen der kapi-

talistischen Ländern, bzw. jene mit den Entwicklungsländern, im ersten, aussenpolitischen Teil erörtert werden. (Kapitel 5 und 6.) Die offizielle kommunistische Stellungnahme ist also jetzt schon der Meinung, es handle sich bei den Angelegenheiten der kommunistischen Länder um innenpolitische, sowjetische Probleme. Ueber den Zeitpunkt dieser vollständigen Integration der Ostblockländer gibt der Programmentwurf keine Einzelheiten. Da aber der Programmentwurf die Zeitspanne von 1961 bis 1980 umfasst, darf man mit Recht annehmen, dass sich diese Entwicklung innerhalb der nächsten zwanzig Jahren abwickeln wird.

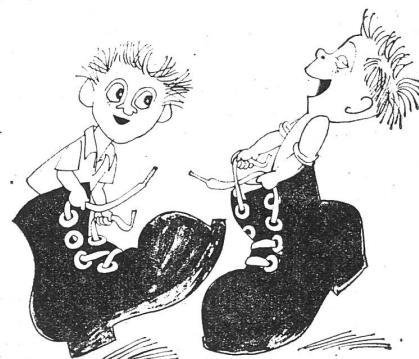
Eine Frage stellt sich nun unwillkürlich in diesem Zusammenhang: wie steht es mit der Integration der freien Welt? Werden die partikularen Interessen weiterhin dominieren, können diese einmal den allgemeinen Interessen der ganzen freien Welt untergeordnet werden? Es scheint notwendig zu sein, dass die Souveränität der freien Staaten im Interesse der Verteidigung ihrer Rechtsstaatlichkeit, der Freiheit der ganzen Menschheit, früher oder später — so lang dies noch nicht zu spät ist — einer erheblichen Beschränkung unterzogen werden muss. Einer vorübergehenden Beschränkung, welche ihnen die totale Integration des Ostblocks dringend aufzwingt.

Der Schnapschuss

Das Benehmen eines bulgarischen lokalen Parteisekretärs, der vom Parteikomitee als «unerstetlich» betrachtet wurde, laut «Rabonitschesko Delo» (Sofia) vom 17. August: «Fefir Sefiroff hat vor kurzem nach alter Gewohnheit mit „seiner Gesellschaft“ ein Zusammentreffen gehabt und war wie immer betrunken. In diesem Zustand zeigte er der örtlichen Bevölkerung schon des öfters seine Macht, wobei er stets mit seiner Pistole herumschoss. Diesmal schlug er einen jungen Musiker zu Boden, der nicht

mehr weiter spielen wollte. Kurz zuvor hatte er eine Kollektivbauern niedergeschlagen.» *

Australien liefert aus der neuen Ernte weitere 280 000 Tonnen Weizen an China. Der Preis ist höher als derjenige, den die englischen Importeure bezahlen.



SBZ-Versorgung

Noch euphemistisch beurteilt der Ostberliner «Eulenspiegel» mit seiner netten Karikatur die Versorgungslage in der jetzt gänzlich abgesperrten SBZ, wo die Käufer Schlange stehen in der schwachen Hoffnung, vom spärlichen Warenangebot doch etwas erhalten zu können.

Was speziell die Schuhproduktion angeht, so war sie schon lange allerhand Beanstandungen ausgesetzt, weil sie produzierte, ohne auf Bedürfnis und Nachfrage zu achten, wenn nur das Plansoll eingemessen erfüllt wurde. Vermisst hatte man bisher vor allem Schuhe für junge Mädchen und Frauen mit kleinen Füßen, die wegen Fehlen passender Größen mit Kinderschuhen bekleidet werden mussten. Wie aus unserer Reproduktion zu schliessen, tritt daneben auch der umgekehrte Fall ein.